

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: HAMBURGER PAKT FÜR EINE WEITERGEDACHTE WIRTSCHAFTSWENDE

Die aktuelle wirtschaftliche Situation Hamburgs erinnert stark an die Lage des Wirtschaftsstandorts Deutschland insgesamt. In Hamburg wie in Deutschland insgesamt wollen die Menschen endlich loslegen, ihre Ideen umsetzen und sich verwirklichen. Während auf Bundesebene nach jahrelangem politischem Stillstand unter den Großen Koalitionen zwar noch nicht alle Rückstände aufgeholt sind, man Fortschritt und Aufbruch aber zunehmend sehen und spüren kann, wartet Hamburg weiterhin auf den dringend benötigten Neustart.

Hamburg ist seit der Zeit der Hanse die traditionsreiche deutsche Wirtschaftsmetropole schlechthin. Seit jeher ist Hamburg als selbstbewusste Freie und Hansestadt ein Zentrum für Innovation, Handel und Weltoffenheit. Der Hamburger Hafen ist heute einer der größten Umschlaghäfen und das Tor zum Freihandel mit der Welt. Das alles führt zu Wohlstand: Hamburg weist unter den deutschen Ländern mit Abstand das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf.

Seit einigen Jahren droht Hamburg allerdings zurückzufallen, denn der mittelständisch geprägte, kaufmännische hanseatische Geist wird zunehmend von Bedenken und Bürokratie gebremst. Mut zu Veränderung, Mut zu Investitionen in zukünftigen Wohlstand sind dem rot-grünen Senat abhandengekommen. Infrastrukturpolitische Probleme wie der verschleppte Ausbau der A 26 im Gebiet des Hamburger Hafens und der Rückstand beim Bau der neuen Köhlbrandquerung sind nur die sichtbarsten Beispiele dafür. Wichtige Straßenverkehrsprojekte zur Entlastung des Großraums Hamburg und für eine bessere Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens wie die A 20 und die A 39 müssen zügig weiter vorangetrieben werden. Der enorme Druck durch knappen Wohnraum trifft auf einen Senat, der lieber die Grunderwerbsteuer erhöht und Grundstücke en masse kauft, diese selber aber fast nur noch über Erbbaurecht vergibt. Damit tut der Senat das Gegenteil dessen, was sinnvoll wäre: Mehr Bauland für private Investoren zur Verfügung stellen. Die grün dominierte Verkehrspolitik arbeitet sich an einem Kulturkampf gegen das Auto ab, anstatt einen schnellen, flüssigen Verkehr für alle Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten.

Der Hamburger Hafen hat über Jahre den Wohlstand für Norddeutschland gesichert. Als größter Arbeitgeber in Hamburg und zweitgrößter Arbeitgeber in Niedersachsen und Schleswig-Holstein dominiert das größte zusammenhängende Gewerbegebiet Deutschlands die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Auch für die mittelständischen Zulieferer ist der Hafen von herausragender Bedeutung. Doch der Senat lässt den Hafen verkommen. Häufig mangelt es am Hamburger Hafen bei der Infrastruktur mittlerweile schon an Kleinigkeiten. Das muss umgehend abgestellt werden, der Standort darf sich nicht länger selbst ein Bein stellen. Sonst ist es kein

Wunder, wenn der Hamburger Hafen gegenüber der Konkurrenz in Antwerpen und Rotterdam weiter zurückfällt.

Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag verteidigen die marktwirtschaftliche Ordnung und setzen uns für echte Wettbewerbspolitik ein. Wer am Markt teilnehmen will, muss möglichst einfach Zugang erhalten. Das gilt auch für den Hamburger Hafen. Seit Jahren sprechen wir uns daher auch dafür aus, den Umschlag im Hafen für Reedereien unter wettbewerblichen Bedingungen zu öffnen. Konkret heißt das, einzelne Reedereien an einzelnen Terminals zu beteiligen und damit die Ladung möglichst vieler Reeder an den Standort Hamburg, und damit an den Standort Deutschland zu binden. Rot-Grün tut im Hamburger Rathaus das genaue Gegenteil. Anstatt Reedereien an einzelnen Terminals zu beteiligen, wird eine einzige Reederei an der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) beteiligt - und damit an dem Unternehmen, das die mit Abstand meisten Hafenterminals betreibt. Das schließt die Konkurrenz aus und sorgt bereits jetzt für Ladungsrückgang am Standort. Selbst die Hamburger Beteiligung und größte deutsche Containerreederei, Hapag-Lloyd, zieht Ladung vom Standort Hamburg ab. Marktmacht zu schaffen und den Wettbewerb auszuschalten wird dem Hamburger Hafen nicht helfen, um wieder an die erfolgreichen Zeiten vor Rot-Grün anzuknüpfen. Stattdessen brauchen wir eine norddeutsche Perspektive für den privatwirtschaftlichen Betrieb von einzelnen Hafenterminals mit einem gesunden Wettbewerb statt künstlicher teilstaatlicher Monopole. Wir stehen für eine konsequente Ordnungspolitik für Deutschland und sprechen uns deshalb klar gegen diesen Deal aus, der dem Wirtschaftsstandort Hamburg und Deutschland schadet. Er muss von allen zuständigen Behörden in Deutschland und der EU intensiv und kritisch geprüft werden.

Auf Bundesebene haben die Großen Koalitionen der vorangegangenen Wahlperioden den wirtschaftspolitischen Stillstand herbeigeführt, dessen Effekte nun den Standort Deutschland gefährden: Zu viel Bequemlichkeit, zu viel Regelungswut und zu wenig Freude auf das Neue haben die Politik der Ära Merkel geprägt. Deshalb sind wir Freie Demokraten die Probleme der schwerfälligen Planungen und Genehmigungen, der unzureichenden digitalen Verwaltung, des Fachkräftemangels und des komplizierten Steuerrechts direkt angegangen. Vom EEG über die Planungsbeschleunigung, von der Ratifizierung des Freihandelsabkommens CETA bis hin zu Erleichterungen im Steuerrecht – vieles haben wir bereits angestoßen, einiges macht sich bereits positiv im Alltagsleben der Bürger und Unternehmen bemerkbar, manches befindet sich derzeit in der Umsetzung durch die Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Doch das bisher Erreichte genügt angesichts der globalen Herausforderungen und des intensiven internationalen Wettbewerbs nicht, die Stagnation von Wirtschaft und Lebensstandard zeigt es. Daher gilt für uns Freie Demokraten im Deutschen Bundestag: Das bevorstehende letzte Jahr dieser Wahlperiode kann und muss für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in Deutschland einen echten Mehrwert bringen und wieder den Optimismus verbreiten, der unserem Land über die zurückliegenden Krisenjahre teilweise verlorengegangen ist. Aus dieser Gestaltungsmöglichkeit bezieht diese Koalition ihre Existenzberechtigung.

Für das anstehende Jahr nehmen wir uns deshalb viel vor. Bereits im Juli hat sich die Bundesregierung auf eine ambitionierte Wachstumsinitiative verständigt: 49 konkrete Maßnahmen zur Anregung des Wirtschaftswachstums, mit denen sich das Produktivitätswachstum in Deutschland verdoppeln soll.

Wir fordern die Koalitionspartner auf, diesen wichtigen Maßnahmenkatalog im Herbst schnell und ohne Abstriche umzusetzen, damit die Menschen in Deutschland schnellstmöglich neue Zuversicht durch neue Freiheit gewinnen. Auch die unionsgeführten Länder dürfen im Bundesrat im Gesamtinteresse unseres Landes keine parteitaktische Blockade betreiben.

Zugleich wollen wir die Wirtschaftswende weiterdenken. Denn unsere Wirtschaftskraft ist zugleich die Basis unserer geopolitischen Stärke und unserer sozialen Sicherheit. Folgende Maßnahmen sind wichtig, um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu sichern.

Mit mehr Freihandel zu mehr Wohlstand und Wachstum

Deutschland ist eine Handels- und Exportnation. Keine andere Volkswirtschaft der G7 hat einen im Vergleich so hohen Außenhandelsanteil am Bruttoinlandsprodukt wie die Bundesrepublik. Millionen Arbeitsplätze hängen hierzulande vom Handel mit anderen Ländern ab. Freihandel ermöglicht Wirtschaftswachstum, Innovationen und Wohlstand. Die Wurzeln dafür reichen bis zur Entstehung der Hanse im 12. Jahrhundert zurück, für die Hamburg eine wichtige Rolle spielte.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben!

- Den Freihandel mit Südamerika wollen wir entschlossen vorantreiben und setzen uns weiter uneingeschränkt für einen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten ein.
- Nach der erfolgreichen Ratifizierung des Freihandelsabkommens der EU mit Neuseeland muss auch das umfassende Handelsabkommen mit Australien rasch abgeschlossen werden. Mit Indien wollen wir mindestens ein Abkommen über einzelne Bereiche abschließen – Ziel aber bleibt ein umfassendes Freihandelsabkommen.
- Mit Blick auf den Nahen Osten fordern wir, auf Basis des bestehenden Assoziierungsabkommens Gespräche über ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Israel aufzunehmen.
- Wir brauchen einen neuen Anlauf für Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA auf Grundlage des Trade and Technology Council (TTC).

Wider den Paragraphenschwung

Die Politik muss den Mut haben, Regulierungen, Vorschriften und Berichtspflichten im großen Stil abzubauen. Erster zentraler Schritt ist die möglichst umgehende Verabschiedung des Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes im Deutschen Bundestag. Damit werfen wir Bürokratie-Ballast in Höhe von 3 Milliarden Euro pro Jahr von den Schultern unserer Unternehmen - knapp 90 Prozent davon tragen die Entlastungsideen der liberalen Häuser BMF und BMJ bei.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben!

- Gerade im Steuerrecht können wir noch viel vereinfachen und unnötige Bürokratie reduzieren, etwa durch eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Einnahmenüberschussrechnung, eine vereinfachte Besteuerung von Alterseinkünften und die Einführung einer Arbeitstagepauschale. Diese und viele weitere Vorschläge der Expertenkommissionen „Vereinfachte Unternehmensteuer“ und „Bürgernahe Einkommensteuer“ werden wir zeitnah auf eine schnelle Umsetzung hin prüfen.
- Wir brauchen ein Jahresbürokratieentlastungsgesetz, mit dem wir den Bürokratieabbau zu einer Daueraufgabe machen. Mit viel Beharrlichkeit können wir an dieser Stelle einen großen Unterschied machen und das Leben aller Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen spürbar einfacher machen.
- Auf EU-Ebene, von wo seit Jahren der größte Teil der Regelungsflut stammt, muss endlich eine zuverlässige Bürokratiemessung eingeführt werden, verbunden mit einem deutlichen Abbau von Erfüllungskosten und Berichtspflichten. Bereits vor der Europawahl hat Bundesjustizminister Marco Buschmann gemeinsam mit Frankreich eine entsprechende europäische Bürokratieabbauinitiative angestoßen. In der ersten Amtszeit Ursula von der Leyens (CDU) als Kommissionspräsidentin sind mehr als 10.000 neue EU-Rechtsakte hinzugekommen. Frau von der Leyen, lassen Sie Ihren vielen Ankündigungen zum Bürokratieabbau endlich auch Taten folgen!

Mit Tempo und Technologieoffenheit zur High-Speed-Infrastruktur der Zukunft

Für den schnelleren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur haben wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren ebenso wie die verwaltungsgerichtlichen Verfahren deutlich entschlackt, damit wir Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwege im Deutschlandtempo modernisieren und ausbauen können.

Auch der Breitbandausbau geht mit der von Bundesdigital- und -verkehrsminister Volker Wissing verantworteten Gigabitstrategie der Bundesregierung endlich voran: Schon nach zwei Jahren befinden sich 78 der dort vereinbarten 100 Maßnahmen in Umsetzung oder sind fertig. Deutschland holt seinen Rückstand beim flächendeckenden Ausbau von Glasfaser-Datenleitungen und 5G-Mobilfunk inzwischen mit Riesenschritten auf.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben!

- Mit einem zweiten Zukunftsfinanzierungsgesetz wollen wir die Rahmenbedingungen für mehr Investitionen in Infrastruktur und erneuerbare Energien sowie in junge, dynamische Wachstumsunternehmen schaffen.
- Die einzigartige deutsche Automobilindustrie braucht Technologieoffenheit statt technokratischer Gängelung. Ursula von der Leyen muss das Verbrennerverbot zurücknehmen, und zwar sofort und nicht erst frühestens 2026.
- Komplizierte Vorrichtungen, damit künftige Verbrenner ausschließlich mit klimaschonenden eFuels oder Biokraftstoffen wie HVO100 fahren können, braucht es dafür nicht: Der Emissionshandel sorgt ganz von allein dafür, dass Diesel und Benzin

angemessen bepreist und ihre klimaschädlichen Wirkungen von den Autofahrern berücksichtigt werden. Alles darüber hinaus wäre eine teure und ineffiziente Doppelregulierung.

- Das drohende EU-Fahrverbot für bestehende Dieselfahrzeuge lehnen wir strikt ab und fordern Ursula von der Leyen auf, dies zu verhindern. Es wäre keinem Bürger vermittelbar, Autos anhand nachträglich eingeführter Kriterien aus dem Verkehr zu ziehen.
- Wir haben bereits Erleichterungen bei der Anwerbung in- und ausländischer Berufskraftfahrer auf den Weg gebracht, damit weiterhin Güter in hohem Maße im- und exportiert werden können. Jetzt kommt es darauf an, dass auch die Länder bremsende Bürokratie abbauen und die Antragsverfahren im Güter- und Schwerlastbereich zentralisieren, digitalisieren und damit beschleunigen.
- In diesem Zusammenhang wollen wir die Richtlinie für Großraum- und Schwertransporte (RGST) sowie die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO) zusammen mit den Ländern liberalisieren.
- Im Kombinierten Verkehr (KV) sehen wir große Chancen für einen effizienteren und flächendeckenden Gütertransport. Wir wollen bürokratische Hürden für die Planung und Genehmigung von KV-Terminals weiterhin abbauen, den gesetzlichen Rahmen für mehr Möglichkeiten öffnen und mit Unternehmen vor Ort zusammenarbeiten, um den Ausbau der Logistik-Infrastruktur an der Schnittstelle zwischen Schiene, Straße und Wasserstraße zu beschleunigen. So stärken wir auch die Schiene im Modal Split im Güterverkehr.

Die Baubranche zur Boom-Branche machen

Mit mehr als 4,4 Millionen Beschäftigten und einem Bauvolumen von über 440 Milliarden Euro ist die Baubranche ein zentraler Motor der deutschen Wirtschaft. Ohne eine Wende in der Baubranche wird es keine Wirtschaftswende geben.

Wir haben steuerliche Anreize für Bauherren eingeführt, Verfahren vereinfacht und Prozesse digitalisiert.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben!

- Wir wollen die Standards im Baubereich absenken und auf sicherheitsrelevante Aspekte beschränken. Mit dem Gebäudetyp "E" erleichtern wir kostengünstiges Bauen in Deutschland. Auch mit Typengenehmigungen und seriellen Bauweisen beschleunigen wir die Entstehung von Wohnraum. So ebnen wir auch den Weg zum Traum vom Eigenheim.
- Kommunen müssen leichter neues Bauland ausweisen können – ein wichtiger erster Schritt wäre die Einführung eines Bau-Turbos im Baugesetzbuch. Um den Wohnraummangel auch langfristig zu bekämpfen, unterstützen wir die Idee des Bundeskanzlers von 20 neuen Stadtvierteln. Kurzfristig wollen wir zudem Aufstockungen und Nachverdichtungen vereinfachen und damit einen wichtigen Beitrag für mehr Wohnraum in den Innenstädten leisten.

- Alle Baukosten müssen auf den Prüfstand. Das betrifft Energievorgaben ebenso wie die Kosten durch lange Planungsverfahren. Prozesse und Genehmigungsverfahren müssen dringend weiter vereinfacht und digitalisiert werden, Schriftformerfordernisse abgeschafft werden.

Immer weitere Verschärfungen des Mietrechts schaden dem Investitionsklima und bringen uns nicht weiter. Genauso wenig können immer weitere staatliche Eingriffe und Subventionen die Antwort sein. Wir müssen endlich mehr, schneller und günstiger bauen.

Eingewanderte Fachkräfte machen uns allen das Leben leichter – machen wir ihnen das Leben leichter!

Vergangenes Jahr konnten in Deutschland 570.000 Stellen für Fachkräfte nicht besetzt werden. Der Fachkräftemangel kostet uns alle allein im laufenden Jahr 49 Milliarden Euro an Wohlstand.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir eines der modernsten Einwanderungsgesetze der Welt geschaffen. Damit hat unser Land bereits den notwendigen rechtlichen Rahmen zur Lösung des Fachkräfteproblems.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben!

- Jeder, der unser Land mit Können und Kreativität voranbringen kann, muss schnell und digital ein Fachkräfte-Visum erhalten können. Durch die Zentralisierung des Fachkräfteeinwanderungsverfahrens wollen wir die Einwanderungsverfahren beschleunigen.
- Auch bei Anerkennungen von Studien- und Berufsabschlüssen können wir durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie durch Zusammenlegung von behördlichen Zuständigkeiten viel schneller werden.
- Fachkräfteeinwanderung in Zeitarbeit kann ebenfalls eine Lücke auf unserem Arbeitsmarkt schließen.
- Mit Englisch als weiterer Verwaltungssprache und Unterstützungszentren vor Ort wollen wir den Fachkräften das Ankommen und Einleben erleichtern.

Wir wollen eine Willkommenskultur für Fachkräfte schaffen, um erfolgreich um die besten Talente der Welt werben zu können.

Der Fachkräftemangel kann und muss aber auch im Inland angegangen werden: Bildung ist ein zentraler Faktor für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Volkswirtschaft, womit wir zusätzlich auch unser inländisches Potential zur Bekämpfung des Fachkräftemangels heben können. Eine hochwertige frühkindliche Bildung und zuverlässige Kita-Betreuung ist entscheidend, um Eltern als Fachkräfte voll zu aktivieren. Investitionen in Bildung müssen prioritär sein.



Schon jetzt haben wir Freie Demokraten nach den bleiernen Jahren der Großen Koalitionen den Schalter wieder auf Fortschritt und Wachstum umgestellt. Deshalb ist die gegenwärtige Phase verstärkt von Richtungsauseinandersetzungen geprägt.

Wir Freie Demokraten haben in der Regierungskoalition erste, aber entscheidende Maßnahmen für eine angebotsorientierte Wirtschaftswende durchgesetzt. Für die anstehenden weiteren Modernisierungsschritte laden wir alle Bürgerinnen und Bürger dazu ein, diesen Weg mit uns gemeinsam weiterzugehen.